

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Sorge beobachte ich die aktuelle Entwicklung rund um das Gesetz für Sorgfalt und Verantwortung im Netz. Ich möchte zuerst kurz meine Perspektive darstellen, damit klar ist in welchen Bereichen meine Expertise liegt – und in welchen eben nicht. Ich bin 26 Jahre alt und seit 20 Jahren mit dem Internet vertraut, ich kann mich also getrost als Digital Native bezeichnen. Ich habe mit Beginn meiner Oberstufenausbildung stets einen Fokus auf IT und Wirtschaft gehabt und habe infolge dessen auch an einer auf IT spezialisierten Fachhochschule sowie an einer auf Wirtschaft spezialisierten Fachhochschule und einer auf Wirtschaft spezialisierten, amerikanischen Universität studiert. Ich habe anschließend mehrere Firmen gegründet, von denen 2 aus Österreich heraus global operieren. All meine Firmen sind grob gefasst im IT Sektor angesiedelt. Ich würde entsprechend behaupten, tiefgehende Kenntnis der beiden Materien zu haben.

Ich möchte betonen, dass keine meiner Firmen nutzergenerierte Inhalte zulässt und ich nicht betroffen wäre. Ich schreibe entsprechend als Privatnutzer mit fachlicher Expertise in dem Bereich. Wird das Gesetz so umgesetzt, wären meine Firmen nicht betroffen, ich als Privatnutzer aber auf jeden Fall.

Warum bin ich besorgt ob des aktuellen Entwurfs?

Um all die Problempunkte übersichtlich zu halten, habe ich versucht, sie zu kategorisieren.

Technisch

- 1) Die Umsetzung entsprechend der Vorstellung des Entwurfs ist so gar nicht möglich. In seinem ZIB Interview spricht Herr Blümel von „einer Software, die im Hintergrund läuft und prüft, ob die Telefonnummer mit der Adresse übereinstimmt“. Diese Software müsste der Staat umsetzen, ansonsten gibt es ein massives Datenschutzproblem. Diese Software würde infolgedessen Brute Force Attacken auf persönliche Datensätze erleichtern. Diese Software müsste von allen betroffenen Konzernen angesteuert werden. Was gleicht diese Software ab? Was, wenn ich mehrere Adressen habe? Was, wenn ich mehrere Telefonnummern habe?
- 2) Eine SMS Verifizierung ist – wenngleich mit geringen – mit zusätzlichen Kosten verbunden. Wer trägt diese Kosten? Die Verifizierung ist für auf Massentauglichkeit ausgelegte Medien eine potenzielle Vervielfachung der Akquisitionskosten von Nutzern.
- 3) Medien zufolge werden 90% der oftmals in dem Zusammenhang angesprochenen „Hasspostings“ unter Klarnamen verfasst. Wenn das Gesetz – und so interpretiere ich es – für alle Plattformen gelten soll, die österreichische Nutzer erlauben, dann sehe ich neben der Überprüfung der IP Adresse keine Möglichkeit, den Nutzerstandort herauszufinden. Alles andere würde eine massive Einschränkung der Services international bedeuten – das wird niemand mitmachen. Was ist das Problem dabei? Es ist die leichteste Übung, eine IP Adresse zu verschleiern. Ich kann einem absoluten Laien, der noch nie im Internet war, innerhalb von 5 Minuten begreiflich machen, wie er diese Maßnahme umgeht. Was Sie damit erreichen würden, wären chinesische Verhältnisse: Die Masse an Usern, die niemals im Internet straffällig wird, muss sich identifizieren. Der tatsächlich straffällige Internetverkehr wird – wie in China – schlicht nicht unter diese Filter fallen. Es wird also ein Überwachungsinstrument geschaffen, welches nur jene trifft, die ohnehin legal unterwegs sind.

Wirtschaftlich

- 1) Durch die DSGVO Thematik unlängst wurde von einigen amerikanischen Seiten die EU einfach gesperrt. Dabei wurde einfach mehr als eine halbe Mrd. potenzieller User gesperrt, weil der Umsetzungsaufwand zu hoch war. Was wäre denn Ihre Vermutung, wie oft dieses

Vorgehen bei der Einwohnerzahl Österreichs herangezogen werden würde, zumal dieses Gesetz im Gegensatz zur DSGVO nicht nur einmalige, sondern laufende Kosten mit sich bringt? Ich kann Ihnen sagen, was ich machen würde, wären meine Unternehmen betroffen: Österreich ausschließen. Dieses Gesetz WIRD UNWEIGERLICH Dienste für Österreicher unzugänglich machen und damit die Lebensqualität einschränken. Ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Nachteilen, wenn wichtige Austauschplattformen in Österreich schlicht nicht mehr verfügbar sind.

- 2) Der Wirtschaftsstandort Österreich wird massiv geschwächt, wenn sämtliche user-generierten Inhalte plötzlich deutlich exakter überprüft werden. Kleinanzeigen, Forenposts, ONLINEWERBUNG - all diese Dinge werden aus Österreich heraus abnehmen.
- 3) Aus Erfahrung weiß ich, dass die Bekanntgabe persönlicher Daten bei einer Registrierung die Rate an Anmeldungen um bis zu 95% reduziert! Anders gerechnet bedeutet das, dass ein österreichischer User mit dem neuen Gesetz bis zum 20-fachen der bisherigen Kosten für Plattformen verursacht. Wie attraktiv es dann noch ist, österreichische User zu umwerben überlasse ich an dieser Stelle der Interpretation des Lesers.

Datenschutz

- 1) Mobilfunkbetreiber sollen laut Hr. Blümel für den Datenabgleich verantwortlich sein. Und wie stellt er sich das vor? Vor allem in Zusammenhang mit der DSGVO? Ich kann also jederzeit meine Datensätze gegen jene der Mobilfunkbetreiber abgleichen und sehe so, ob die Nummer auch wirklich der Person gehört, die sie vorgibt zu sein. Das ist mutig. Mir fallen spontan mehrere Möglichkeiten ein, dies zum Nachteil der Registrierten zu verwenden.
- 2) Wie wird die Sicherheit der gespeicherten Daten gewährleistet? Die Klarnamen und auch die Telefonnummern liegen beim Betreiber auf. Es ist eine Sache, wenn eine Emailadresse in einem Hack gestohlen wird. Es ist eine ganz andere Sache, wenn diese Emailadresse mit meinem Klarnamen in Verbindung gebracht werden kann und nochmal schlimmer, wenn dazu meine Telefonnummer aufliegt. Ich versuche meine Exposure im Internet möglichst klein zu halten. Nicht, weil ich Hasspostings absetze, sondern weil meine Daten schützenswert sind und ich keine Lust darauf habe, im Stundenrhythmus Anrufe von Betrügern zu erhalten. Der Schwarzmarkt für Telefonnummern ist riesig. Mit diesem Gesetz füttern Sie ihn.
- 3) Wie stellt sich die Regierung vor, dass ich vor missbräuchlicher Verwendung meiner gespeicherten Daten durch den Betreiber selbst geschützt werde? Facebook meine Telefonnummer zu geben bedeutet, dass Anrufdaten anderer Personen mit meiner Person verknüpft werden können. Das will ich nicht.

Blümel

- 1) Hr. Blümel hat im aktuellen ZIB Interview seine Unkenntnis in peinlichster Weise zur Schau gestellt. Er hat eine Analogie des Moderators mit „Das ist ein Blödsinn, was Sie hier reden“ abgetan. Es war aber kein Blödsinn, was Hr. Blümel anschließend geredet hat war ein Blödsinn. Warum? Die Analogie des Moderators war (nicht wortgleich): Ging jemand in ein Gasthaus, müsste analog zum aktuellen Entwurf der Wirt einen Ausweis einfordern, falls eine Straftat begangen wird. Und genau so ist es auch! Die aktuelle Situation im Internet ist wie folgt: Der Gast kommt in das Gasthaus, hetzt gegen eine Bevölkerungsgruppe und geht wieder. Eine Identitätsfeststellung ist nicht möglich, nur eine Beschreibung seiner Person. Mit Glück kann er dadurch gefunden werden, meist aber nicht. Die Situation mit dem Gesetz wäre folgendermaßen: Der Gast kommt, der Wirt kopiert seinen Ausweis und speichert ihn auf unbegrenzte Zeit. Auch wenn der Gast nichts Falsches macht, liegen seine Daten beim Wirten vor. Das ist kein Blödsinn, das ist exakt, wie es der Gesetzesentwurf verlangt.
- 2) An mehreren Stellen hat Hr. Blümel seine inhaltliche Unkenntnis dermaßen offensichtlich zur Schau gestellt, dass ich mich frage, wie er an einem derartigen Entwurf maßgeblich mitwirken kann beziehungsweise ihn medial vertreten kann. Seine Darstellung der „Software, die im Hintergrund läuft“ wirkte wie das hilflose Rudern eines Ertrinkenden.

Wenn über diesen Entwurf eine inhaltliche Diskussion geführt werden soll, dann darf das nicht unter Mitwirkung Hr. Blümels erfolgen.

Entsprechend bitte ich, den Entwurf vorbehaltlos abzulehnen und keinen der dort erwähnten Punkte zur Anwendung zu bringen.

Ich stehe gerne jederzeit für Rückfragen zur Verfügung und bin auch telefonisch unter 0043 676 3403 xxx erreichbar.

Mit freundlichen Grüßen,

Bernhard Blaha